

Policy Briefing Paper

Demokratie in Gefahr: Die Ausbreitung des Rechtsextremismus im vorpolitischen Raum – Was muss zum Erhalt eines demokratischen Sozialwesens getan werden?

Prof.n Dr. Christine Krüger & Prof.n Dr. Júlia Wéber
Hochschule Neubrandenburg; März 2025

Extrem rechte Einflussnahmen im vorpolitischen Raum – Anknüpfungspunkte an Sozialwesen und Zivilgesellschaft

Mit dem vorliegenden Bericht werden die Einflussnahmen der extremen Rechten auf die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern (MV) auf Basis einer empirischen Datenlage für den Zeitraum von Januar 2022 bis März 2025 systematisch betrachtet. Die Studie baut auf der Datenlage aus 20/21 auf und wird hier vergleichend diskutiert. Dabei richtet sich das zentrale Erkenntnisinteresse darauf, welche Formen sich die in MV erstmalig 2020-21 empirisch erforschten Einflussnahmen auf das Sozialwesen annehmen und welche Gegenreaktionen aus der Sozialen Arbeit und der organisierten Zivilgesellschaft gezeigt werden.

Das Bundesland weist weiterhin verschiedene parteipolitische Formationen der extremen Rechten sowie eine große Anzahl heterogener und regional differenzierter Gruppierungen auf, die von Reichsbürger:innen, rechten Burschenschaften und Preppern, völkischen Siedler:innen bis hin zu Neonazi-Gruppierungen und rechtsextremen Kameradschaften reichen. Es ist bereits belegt, dass sich extrem rechte Diskurse im Sozialwesen und in der Zivilgesellschaft niederschlagen. Das zeigt sich institutionalisiert in der Sozialen Arbeit bzw. im Engagement im sozialen Bereich (Gille/Krüger/Wéber 2022; Krüger/Wéber 2024). Schließlich ist und bleibt die Profession Sozialer Arbeit immer Produkt wie Akteurin gesellschaftlicher Diskurse und gesellschaftlichen Wandels.

Die Ergebnisse der Forschungen 20/21 sowie 24/25 zeigen deutlich, dass die extreme Rechte Soziale Arbeit und Engagement im sozialen Bereich gezielt für das nutzen kann, was sie als „Kampf um den vorpolitischen Raum“ bezeichnet: extrem rechte Akteure versuchen gezielt die gesellschaftliche Denkweisen und Positionierungen insgesamt zu beeinflussen und ihre politischen Botschaften zu vermitteln. In allen Regionen und über alle Arbeitsfelder Sozialer Arbeit hinweg zeigen sich zum Teil massive Einflussnahmen der extremen Rechten. Die Fachkräfte sozialer Einrichtungen und Institutionen berichten in verschiedenen Arten und Ausprägungen vorkommenden Beispielen, in denen demokratie- und menschenfeindliche Denk- und Handlungsweisen die professionellen Formen Sozialer Arbeit erreichen. Sozialarbeitende deuten extrem rechte Aktivitäten als wachsendes Problem und weisen vielfältig auf die Selbstverständlichkeit extrem rechten Denkens und Handelns im persönlichen und beruflichen

Alltag hin. In der Zusammenschau der Ergebnisse ist neben der Breite und Kontinuität vor allem die Intensität einiger Einflussnahmen besorgniserregend. Sie reicht bis zu gewaltvollen Bedrohungen und tätlichen Angriffen, die auf einzelne Fachkräfte und Einrichtungen der Sozialen Arbeit zielen.

Das Verhältnis von Engagement/Ehrenamt und Sozialer Arbeit bleibt insbesondere in den ländlichen Räumen ambivalent. Auf der einen Seite wird soziales Engagement benötigt um Angebotslücken, die besonders in diesen Räumen eklatant sind, zu füllen. Auf der anderen Seite können soziale Angebote, die alleine durch Engagierte betrieben werden, weder das demokratische Anliegen der Sozialen Arbeit erfüllen, noch können extrem rechte Unterwanderungsversuche langfristig abgewehrt werden. Zumindest auf kommunal- und landespolitischer Ebene in MV geraten schließlich zivilgesellschaftliches Engagement, das sich ausdrücklich für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft einsetzen, in den Fokus extrem rechter Parteien. Sie laufen Gefahr bei ohnehin prekären Bedingungen von notwendiger kommunaler Förderung abgeschnitten zu werden.

Zentrale Ergebnisse zu den Einflussnahmen der extremen Rechten

- Die Studienergebnisse belegen die Kontinuität der Einflussnahmen extrem rechter Akteure und Strukturen in allen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit in allen Regionen des Landes. Knapp 80 % der Fachkräfte nimmt 2024 in der Region ihrer Berufstätigkeit Anzeichen für das Auftreten extrem rechter/ rechtsextremer Aktivitäten wahr. Lediglich 18 % geben an, ihnen seien keine Anzeichen extrem rechter Aktivitäten bekannt.
- Als die häufigsten Anzeichen extrem rechter /rechtsextremer Aktivitäten am Arbeitsort benennen die Fachkräfte 2024, wie bereits 2020, folgende Phänomene (Mehrfachnennungen möglich, gerundet): Symbole/Zeichen/Bilder (Aufkleber, Graffiti, Kleidung etc.) in der Öffentlichkeit (70 %); verbale Anfeindungen und Bedrohungen (50 %) sowie dass extrem rechts/rechtsextrem agierende Parteien im Kommunalparlament vertreten sind (46 %).
- Eine große Mehrheit, 51% der befragten Fachkräfte gibt 2024 an, eine Zunahme extrem rechter/rechtsextremer Aktivitäten in ihrer Region in MV in den letzten 10 Jahren wahrgenommen zu haben. Lediglich 1% gibt an, die Aktivitäten seien gesunken.
- Aus der bisherigen Erstanalyse der parlamentarischen Dokumente des Landtags MV wird deutlich: Die AfD-Landtagsfraktion MV hat 2024 nahezu 160 Kleine Anfragen gestellt, die Gegenstandsbereiche der Sozialen Arbeit tangieren. Anhand der stetig steigenden Anzahl solcher Anfragen lässt sich eine deutliche Zunahme diesbezüglicher Aktivitäten der AfD-Landesfraktion in den letzten Jahren feststellen: 2021 waren es 45, 2022 lag ihre Zahl bei 105 und 2023 bei 132 Kleinen Anfragen. Dies deutet auch darauf hin, dass die Handlungs- und Tätigkeitsfelder Sozialer Arbeit wie die Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Arbeit mit älteren Menschen und mit Menschen aller

Altersgruppen in prekären Lebenslagen insgesamt als attraktive Arenen des Kampfes um die Deutungsmacht und die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen im vorpolitischen Raum angesehen werden.

- Wiederholt wird die Gemeinnützigkeit sozialer Organisationen und Verbänden, die in Vereinsform agieren, von der AfD hinterfragt. Im Zeitraum 2023 bis November 2024 hat die AfD-Landtagsfraktion in MV zwölf Kleine Anfragen gestellt, die auf die Förderung von Demokratieprojekten zielen.
- Trotz klarer Einschätzung der Fachkräfte über gesellschaftliche Verschiebungen nach rechts, bleiben ihre Reaktionen weiterhin überwiegend individualisiert und weniger institutionalisiert. Lediglich ein Drittel (34 %) der Fachkräfte besucht Fortbildungen zu dem Thema (2024). Öffentliche Positionierungen wie die Teilnahme an Demonstrationen oder an Aufrufen (30 %) oder Veranstaltungen von Aktionen und Projekten (23 %) finden vergleichsweise seltener statt. Es gibt keinen signifikanten Unterschied zu den Daten aus 2020.

Handlungsempfehlungen

1. **Klare Positionierung der politischen Amts- und Mandatsträger:** Um einer Normalisierung rechtsextremer Symbole, Raumnahmen und Straftaten entgegenzuwirken, muss es seitens der verantwortlichen Entscheidungsträger:innen ein konsequentes und zügiges Handeln geben. Dazu gehört die Arbeit der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden genauso wie die öffentliche Positionierung der Vertreter:innen der Kommunal- und Landespolitik.
2. **Schutz von Fachkräften und Betroffenen:** Bedrohungen gegen und tätliche Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure gehören für viele Fachkräfte und Ehrenamtliche zum Alltag. Soziale Einrichtungen, die größtenteils niedrigschwellige Angebote auch für Personen auf Basis von Ehrenamt vorhalten, sind derzeit bemüht, ihre Sicherheitskonzepte zu überarbeiten, um im Sozialraum mehr Sicherheit zu erlangen und Bedrohungslagen Handlungsmacht entgegenzusetzen. Es ist wesentlich, dass Teams und Träger gefährdeter Einrichtungen mit Akteuren der Polizei, des Staatsschutzes und der Justiz vertrauensvolle Netzwerkkoperationen etablieren, um im Falle von Bedrohungen und tätlichen Angriffen schnell und koordiniert handeln zu können.
3. **Sensibilisierung und Qualifizierung:** Fachkräfte in pädagogischen und sozialen Berufen begegnen demokratiegefährdenden Phänomenen potenziell alltäglich. Fort- und Weiterbildungsangebote über demokratiegefährdende Strategien, Strukturen und Akteure sind für Fachkräfte flächendeckend zu etablieren, damit sie demokratiegefährdende Phänomene in ihrem beruflichen Alltag frühzeitig erkennen und bei Bedarf angemessen reagieren können.

4. Gegenmaßnahmen und Antworten aus der Praxis und der Organisation von Sozialer Arbeit müssen institutionalisiert werden: Es sind zentrale Ansprechstellen, klare Leitbilder, transparente Verordnungen und schriftliche Standards, Klauseln in Arbeitsverträgen, Engagement-Netzwerke etc. einzuführen und Möglichkeiten der juristischen Handhabung im Umgang mit extrem rechten Einflussnahmen für die Profession zu klären.
5. Soziale Infrastrukturen insbesondere in ländlichen Räumen garantieren: Extrem rechte Akteure dringen in bestehende Lücken und verbreiten ideologisch begründete Positionen und bekräftigen Handlungsweisen, die auf Rassismus und Formen exklusiver Solidarität rekurrieren. Wo die Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Jugendzentren, Nachbarschaftszentren und Beratungseinrichtungen noch bestehen, tragen die ökonomischen Bedingungen und der damit verbundene Fachkräftemangel dazu bei, dass Angebote der Sozialen Arbeit nicht überall von ausgebildetem Fachpersonal, sondern von fachfremden Personen oder von ehrenamtlich Engagierten übernommen werden. So werden Standards Sozialer Arbeit unterminiert und Prozesse der Entprofessionalisierung vorangetrieben.

Literatur

Gille, Christoph/Krüger, Christine/Wéber, Júlia (2022): [Einflussnahmen der extremen Rechten. Herausforderung für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern](#). Weinheim, Basel. (open access)

Krüger, Christine/Wéber, Júlia (2024): [Demokratiegefährdende Akteure und Strukturen in der Region Rostock und die Gefährdung der Demokratie vor Ort](#). Neubrandenburg.

Weiterführende Literatur

Gille, Christoph/Jagusch, Birgit/Chehata, Yasmine (Hrsg.) (2022): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen, Arbeitsfelder, Handlungsmöglichkeiten. Beltz Juventa.

Hafeneger, Benno u.a. (2021): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Wochenschau.

Köttig, Michaela u.a. (Hrsg.) (2022): Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. utb-Verlag.

Krüger, Christine (2022): Engagement recht(s) extrem - Einflussnahmen der extremen Rechten auf soziales Engagement. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 3/2022, S. 527-539.

Sehmer, Julian u.a. (Hrsg.) (2021): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen. Springer VS.

Die Studie wurde 2024 in Kooperation mit der FES MV erstellt.

Die Autorinnen danken den studentischen Mitarbeitenden Lynn Pfeiffer, Ruby Peters und Sebastian Harmel, ohne deren akribischen Recherchen und konstruktive Beiträge die Studie nicht entstanden wäre.